

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches



Preis: 1,00 RM (ohne Postgebühr). Die „Arbeiterstimme“ erscheint wöchentlich an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises. Verlag: Deutscher Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-K. Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2, Postfach 17 258, Postleitzahl: Dresden 15 000.

7. Jahrgang Dresden, Dienstag den 15. Dezember 1931 Nummer 206

Ungeheuerliche Tolerierungsverbrechen der SPD

Die SPD-Reichstagsfraktion für Brünnings Notverordnung und den Ausnahmezustand!

Beifluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen Reichstageinberufung — für Notverordnung, Lohn- und Gehaltsabbau, für Abzeichenverbot und „Weihnachtsfrieden“. SPD und Nazis in der Notverordnungsfront Werttätige schafft die rote Einheitsfront gegen Not und Reaktion!

Gestern wurde die Kette des sozialdemokratischen Arbeiterverrats um ein neues Glied verlängert. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm in ihrer gestrigen Sitzung Stellung zur Frage der Einberufung des Reichstages und zur neuen Notverordnung. Wie nicht anders zu erwarten war, hat sich die Fraktion für die weitere Tolerierungspolitik der Regierung Brüning-Groener ausgesprochen.

Um die rebellierenden Mitglieder zu beruhigen, erklärte die Fraktion, „dass man sich weitere Schritte vorbehalten“ will. Damit will man die SPD-Mitglieder hinhalten und sie später verurteilen.

Bei der Verschärfung der Klassenengegenseit wird die Manövrierfähigkeit der SPD-Führer immer geringer. Immer offener zeigen sie ihr sozialfaschistisches Gesicht. Diesmal werden sie alles das schlucken, was die Brüning-Groener-Regierung mit der Notverordnung diktiert.

Sechs bis sieben Milliarden Neubelastung für die wecklären Massen bringt die neue Notverordnung. Den Abzug an den Löhnen schlägt die bürgerliche Presse auf 4 bis 5 Milliarden Mt. an. Sie kommen aber noch die Kürzungen an den Invaliden- und Altersrentnern; die Gehaltskürzungen an den Beamten, die Kürzungen des arbeitenden Volkes, die Erhöhung der Lohnsteuer um 900 Millionen Mark.

Das alles wagt die SPD-Führung den werttätigen Massen aufzubürden. Sie erklärt sich einverstanden mit dem Ausnahmezustand, dem Versammlungs-, Kundgebungs- und Demonstrationsverbot, sie erklärt sich mit solchen Diktaturmaßnahmen, wie Abzeichenverbot und die restlose Befestigung der politischen Betätigung einverstanden und begründet das scheinheilig, diese Maßnahmen seien „gegen den Faschismus gerichtet“.

Doch die sozialdemokratische Führerschaft mit dieser Politik der Abkürzung fördert, haben die sozialdemokratischen Arbeiter längst begriffen. Die SPD-Führer stehen in einer Front mit den Nazis, die ebenfalls diese Notverordnung begrüßen. Naziführer bezeichnet sie als „unser Selbstgut“ und in einem Gau-

behehl des Nazi-Führers Sautel in Thüringen heißt es in dem Naziblatt am 11. Dezember: „Parteilgenossen! Bewahrt die Nerven. Verloht in keinem Punkt gegen die Notverordnung!“

Das sozialdemokratische Hamburger Volksrecht nennt die Notverordnung einen „Keim der sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaft.“

Und wenn Hilferding... Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages erklärte, daß „diese Notverordnung ein Stück Sozialismus sei, so ist das der „Sozialismus“, wie ihn die SPD-Führer und ebenso Hitler verstehen und vertreten.“

SPD und Nazis zwei Stützen der Brüning-Groener-Regierung, zwei Stützen des Kapitalismus.

Darum kann nur der rückwärtslose Kampf gegen die verwerfliche Politik der Sozialdemokratie die Einheitsfront aller Werttätigen gegen den Faschismus vereinigen. Wer den Faschismus treffen will, muß zuerst den Hauptfeind im Lager der Arbeitererschaft treffen, das ist die SPD.

Die sächsischen Arbeiter haben gerade jetzt die Gelegenheit zu demonstrieren die einheitslose und geschlossene Front des sächsischen Proletariats gegen Faschismus und Brüning-SPD. Nur noch wenige Stunden liegen die Einzeichnungslisten für das rote Volksbegehren der Kommunistischen Partei aus. Schon haben sich in Dresden, Chemnitz und Leipzig 170 000 Werttätige für diese Einheitsfront bekannt und schon jetzt steht fest, daß das Volksbegehren erfolgreich abgeschlossen wird.

Macht die letzten Einzeichnungsstunden zu einem noch machtvolleren Bekenntnis und Aufmarsch gegen Not und Reaktion, gegen Schieds-Diktatur und dem Ausnahmezustand der Brüning-Groener-Regierung.

Feinde des Volksbegehrens Freunde der Notverordnung Eine Antwort an die Edel und Böcke

Der letzte Einzeichnungsabend hat trotz Belagerungszustand, trotz starker Behinderung täglicher politischer Agitation einen gewaltigen Vormarsch der proletarischen Einheitsfront im Kampfe gegen die Schieds-Diktatur, im Kampfe gegen die Notverordnung und alle die, die sie direkt und indirekt guthelken, gebracht. Chemnitz hat das 70. Tausend, Leipzig das 30. Tausend und Dresden das 60. Tausend überschritten und überall sonst im Bezirk schwillt die Zahl der Einzeichnungen auf das Stärkste an.

Eine wichtige Erscheinung ist dabei in den letzten Tagen in den Vordergrund getreten. Das ist die demonstrative Beteiligung sozialdemokratischer und Reichsbannerarbeiter, nicht bloß in der Form der Einzeichnung, sondern auch in der Teilnahme an der gemeinsam mit kommunistischen Arbeitern durchgeführten Agitation für den Sieg des roten Volksbegehrens. Am nur ein Beispiel unter vielen zu nennen, zeichneten sich in dem kleinen Ort Brand-Erbisdorf 60 sozialdemokratische Arbeiter in die Listen ein. Im Leipziger Osten beteiligten sich am Sonnabend und Sonntag sozialdemokratische und Reichsbannerarbeiter demonstrativ an der Propaganda für die Einzeichnung zum roten Volksbegehren. Diese Tatsache bedeutet die beste Antwort auf die verzweifelte und skrupellose Hehe, die die sozialdemokratische Presse während des ganzen Volksbegehrens in Sachsen getrieben hat. Die wachsende Erkenntnis der sozialdemokratischen Arbeiter, die die Aktion des roten Volksbegehrens als eine Aktion der proletarischen Einheitsfront im Kampfe gegen die kapitalistische Diktatur, die sich in Sachsen in der Schieds-Regierung verkörpert betrachtet, bedeutet einen entscheidenden Schritt vorwärts in der so dringend notwendigen Bildung der roten Klassenfront aller Arbeiter im Kampf für die Forderungen ihrer Klasse, im Kampf gegen Not und Reaktion.

Dabei haben gerade in der letzten Woche die sozialdemokratischen Zeitungen Sachsens das letzte aufgehoben, um diese Einheitsfront mit der Waffe der Verleumdung des roten Volksbegehrens als einer angeblichen Unterstützungsfaktion für die Nationalsozialisten zu zerlegen. Am Dienstag vergangener Woche veröffentlichte die „Chemnitzer Volksstimme“ einen Leitartikel „Hochverrat am Klassenkampf“, in dem sie zum laundüblichen Male veruchte, an Hand von Zitaten aus dem „Freiheitskampf“ und der nationalen Presse den Sinn des roten Volksbegehrens zu verfälschen. In diesem Artikel wird der Führer unserer sächsischen Parteiorganisation, Genosse Fritz Seidmann, zitiert, der bereits zu Beginn der Einzeichnung klar und deutlich festgestellt hat, daß alles Geschrei der Nationalsozialisten und Deutschnationalen über ihre angebliche Beteiligung am Volksbegehren nicht über ihre tatsächliche Sabotage dieser Aktion hinwegtäuschen kann. Wir veröffentlichen heute ein besonders kräftiges Beispiel dieser Sabotage aus einem Ort, wo fast ausschließlich nationalsozialistische Stimmen bei den letzten Wahlen abgegeben wurden und wo zum Volksbegehren überhaupt keine Einzeichnung aus diesem Lager zu verzeichnen sind. Die Ergebnisse von Leipzig zeigen genau das gleiche Bild, und in Dresden ist es nicht viel anders. Es wäre verlorene Liebesmüh, sich ein-

Demonstrationen in Dresden

Wie mitgeteilt wird, kam es auch in Dresden zu politischen Demonstrationen während des Weihnachtsmarktes. Von den Menschenmassen gefüllten Geschäftsviertel zwischen Kathenauplatz und Moritzstraße, bildete sich gestern abends ein hundertköpfiger Zug, der unter Niederrufen auf die Notverordnung und Aufforderung zur Einzeichnung in die Listen des roten Volksbegehrens, die Straßen belebte und starkes Aussehen bei den Passanten hervorrief. An der Moritzstraße trat ihnen Sipps unter Führung des Kriminalbeamten entgegen, der mit gezogenem Revolver den Demonstrationenzug aufhielt. Auch in Löbtau kam es bereits vorher zu Protestmärschen, die sich offenbar gegen die Notverordnung richteten. Zu ersten Zusammenstößen es dabei nicht gekommen.

len der Stadt Ausschritten aufreizenden Inhalts angebracht. Im ganzen wurden vom Ueberfallkommando vier Personen verhaftet.

Ähnliche Vorgänge werden auch aus Wuppertal, Düsseldorf und anderen Städten am Niederrhein gemeldet.

Demonstrationen in Braunschweig

Am 13. Dezember kam es in den Abendstunden zu starken Arbeiterdemonstrationen. Einer der Demonstrationzüge wuchs auf etwa 1000 Mann an. Die Demonstranten riefen: „Wir wollen Arbeit und Brot! Wir haben Hunger!“ In die die Straßen belebende Menge wurden zahllose Flugblätter geworfen, auch in den Warenhäusern wurden von den Treppenaufgängen Flugzettel unter die Käufer geworfen. Ein großes Polizeiaufgebot wurde gegen die Demonstranten eingesetzt.

... und in Chemnitz

Das Chemnitzer Tageblatt meldet auf seine Art: „Im starken Personenverkehr am Sonntag nachmittag verhalten die Kommunisten ganz wie im vorigen Jahre wiederholt und Ordnung zu führen. An verschiedenen Stellen der Innenstadt, vor allem auf der Volkstraße zwischen Johannsplatz und Moritzstraße, sammelten sich halbwüchsige rabaukuffige Burschen, die im Chöre „Wir haben Hunger!“ und „Nieder!“ schrien.“

Das Chemnitzer Tageblatt meldet weiter, daß beim Vorübergehen der Volkspolizei ein Beamter angegriffen wurde. Fünf Personen wurden verhaftet.

In Remscheid

Die Kölnische Zeitung berichtet aus Remscheid: „Nach der Bekanntgabe der letzten Notverordnung gab es in mehreren Stadtteilen größere Menschenansammlungen, in denen die Rufe und Sprechchöre gegen die Notverordnung und die Regierung gehört wurde. Weiter wurden an verschiedenen Stellen

Heute letzter Tag!

Gewaltiger Vormarsch des roten Volksbegehrens in Dresden und in ganz Sachsen 169 613 Einzeichnungen in Dresden, Chemnitz, Leipzig. Bis 20 Uhr liegen Listen aus

Der Generalappell der Kommunistischen Partei in Dresden, der am Sonnabend und Sonntag mit großem Erfolg abgeschlossen wurde, hat eine so gewaltige Wirkung, daß gestern bei den Einzeichnungen zum roten Volksbegehren in Dresden die Rekordziffer 13 831 erreicht wurde

Dresden	insgesamt 59 683
Chemnitz	insgesamt 72 215
Leipzig	insgesamt 37 715

Die letzten Stunden müssen noch ausgenutzt werden. Bis 20 Uhr liegen auf allen Einzeichnungsstellen die Listen aus. „Alle Kräfte angepannt!“ Vorwärts im Zeichen der proletarischen Einheitsfront unter Führung der KPD.